

## **Israel: Ein Land schafft seine Demokratie ab**

**von Judith Bernstein, München<sup>1</sup>**

Schon zwei Tage vor der Rede von Präsident Machmud Abbas in der UN-Vollversammlung schwenkten Tausende Schüler ihre Fahnen am Sitz der Regierung, der Muqata, in Ramallah, und als es am 23. September soweit war, feierte die ganze Bevölkerung auf den Straßen den Auftritt ihres Präsidenten. Ihm war es gelungen, für Palästina in den Vereinten Nationen zu werben und die Mehrheit auf die verzweifelte Lage der Palästinenser unter der israelischen Besatzung hinzuweisen. Nur die meisten westlichen Regierungen, zu denen die deutsche Bundesregierung gehörte, zogen es vor, den Palästinensern eine Absage zu erteilen. Hält diese Verweigerung an, hat sich die Zwei-Staaten-Lösung als letzte Chance für ein friedliches Nebeneinander der zwei Völker erledigt.

Die israelische Regierung hat auf die Ablehnung sofort reagiert – und sie als grünes Licht für die Fortsetzung der Bebauungspläne in Ost-Jerusalem und in der Westbank verstanden. Die Siedler und ihre Klientel im Kabinett und im Parlament liefern die entscheidenden Vorlagen, nachdem sie alle staatlichen Institutionen unterwandert haben. Seit Monaten findet eine heftige Diskussion darüber statt, wie stark ihre Infiltration ins Militär fortgeschritten ist. Während im „alten“ Israel die Wohnungsnot und die Lebenserhaltungskosten steigen, während in Schulen und in Krankenhäusern immer weiter gespart wird, steigt das Budget für die Instandhaltung und den Ausbau der Siedlungen sowie für die Arbeit der Sicherheitsdienste. Der Protestbewegung auf den Straßen steht die Politisierung noch bevor, nämlich die Kernfrage nach den Ursachen der sozialen Unwuchten zu stellen.

Nach den Palästinensern in den besetzten Gebieten waren es zunächst jene mit israelischer Staatsbürgerschaft, die in Visier dieser Politik gerieten. Ein „Loyalitätsgesetz“ wurde parlamentarisch auf den Weg gebracht, das die arabischen

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 29. November 2011.

Staatsbürger auf Israel als jüdischen, zionistischen und demokratischen Staat, auf seine Symbole und seine Werte verpflichtet sollte. Doch mittlerweile geht es auch um die jüdischen Israelis:

- So sollte am 28. November im Eilverfahren ein Gesetz über die parlamentarische Bühne gezogen werden, um einen politisch genehmen Juristen als Nachfolger von Dorit Beinisch an die Spitze des Obersten Gerichtshofs zu hieven, der die bis dahin geltenden Qualifikationen und Voraussetzungen nicht erfüllen muss.
- „Linke“ Gruppen und Menschenrechtsorganisationen sollen pro Jahr nur noch mit 20.000 Neue Shekel (rund 5.000 Euro) vom Ausland versorgt werden dürfen. Würden sie von der israelischen Regierung nicht mitfinanziert, wären die auswärtigen Einnahmen mit 45 Prozent zu versteuern.
- Um die Pressefreiheit einzuschränken, so die Planung, müssen Journalisten mit einer Geldstrafe zwischen 300.000 und 1,5 Millionen Neuen Shekel rechnen, wenn sie wegen „Verleumdung“ verurteilt werden.

Wie reagiert der politische Westen auf diese Vorgänge? Er konzentriert sich weiter auf Hamas als einer Terrororganisation, und Gaza bleibt abgesperrt. Auch mit der Aussöhnung zwischen den beiden palästinensischen Fraktionen tut sich der Westen schwer. Die Islamische Widerstandsbewegung solle bei Eintritt in eine künftige palästinensische Regierung die drei Vorbedingungen des Nahost-Quartetts erfüllen – Verzicht auf Gewalt, Zustimmung zu allen bisherigen Vereinbarungen, Anerkennung Israels –, obwohl die Regierung Benjamin Netanjahus alles daransetzt, ihrerseits den Weg in Endstatus-Verhandlungen zu blockieren.

Das Ergebnis: Die Forderung nach einem Staat Palästina nach den Vorstellungen internationaler Resolutionen und Erklärungen ist überholt. Denn wenn die USA und die europäischen Regierungen tatsächlich einen Beitrag zur Regelung hätten leisten wollen, die gerade angesichts der Umbrüche in der arabischen Welt an Dringlichkeit gewinnt, hätte man den Palästinensern endlich zur nationalen Selbstbestimmung und

zu politischer Souveränität verhelfen und damit ihrer nationalen Asymmetrie gegenüber Israel abhelfen müssen. Nur wenn die Palästinenser die gleichen Rechte besitzen, werden sie zu einem friedlichen Ausgleich mit den Nachbarn bereit sein. Statt israelische Politiker zu hofieren, die in Siedlungen leben und für eine extremistische Politik stehen, ist es höchste Zeit, jene zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu unterstützen, die um die Bewahrung der letzten Reste von Demokratie und Rechtsstaat in ihrem Land kämpfen – so wie es die deutschen politischen Stiftungen seit Jahren versuchen.

Wenn die Staatengemeinschaft weiter zögert, ist Israel auf dem besten Wege, sich von den Normen eines Staates zu verabschieden, der auf internationalen Respekt besteht. Will der Westen mit Politikern vom Schlage eines Achmadinedjad im Iran oder eines Assad in Syrien verhandeln? Nach den Versäumnissen der vergangenen Jahre muss es Europa klar sein, dass ihm harte Bewährungsproben nicht erspart bleiben.

-----